

Volks-Zeitung

Chefredakteur: Otto Hüfing, Berlin-Steiglitz.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Table with 2 columns: Zutuf in Fleisch reichlich (Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch) and Preise unverändert (Schweinefleisch, Ruckfleisch, Schweinefleisch, Rindertalg).

Druck und Verlag: A. Wolff, Berlin.

Preis 0,15, ausw. a. Zon. a. Zeit. Feleg. 2. Wort. Berlin. 0,08. Rob. Post. 0,08. F. u. Ost. 0,08. Natl. Schweiz. 10. Fr. 0,14. Aust. 0,15. Tsch. u. Ung. 0,10. Disch. Post. Now. Tsch. 0,17. Br. 0,05. Fern- u. Ost. 0,10. Ital. 10. Ungarn. 2. Grossbr. 0,27. Aust. 0,25. Tsch. u. Ung. 0,20. Russ. 35-41. Ver. St. 12-20.

Das Reichsbanner greift ein

Otto Hüfing nach Berlin entsandt - Versuch einer gemeinsamen republikanischen Präsidentschaftskandidatur

Magdeburg, 10. März. (W. Z. B.)

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden, Oberpräsident Hüfing, nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen.

Der Entschluß des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist in der Tat ein Zeichen dafür, daß auch die führenden Kreise des Reichsbanners die sozialistische Sonderkandidatur für verfehlt halten. Man darf von der klugen und energiegelassen Persönlichkeit des Bundesvorsitzenden Otto Hüfing erwarten, daß es ihm gelingt, die republikanische Einheitsfront herbeizuführen.

Hoffentlich werden die Verhandlungen beschleunigt aufgenommen, da ja auch die Verhandlungen über den demokratischen Vorschlag einer Einigungskandidatur Dr. Simons im vollen Gange sind. Die beiden Vorschläge, um die es sich jetzt für die Republikaner handelt, lauten: „Einigungskandidatur Dr. Simons oder republikanische Einheitskandidatur?“ Naturgemäß könnte Dr. Simons auch als republikanischer Einigungskandidat in Betracht gezogen werden. Aber hier wird man zweifellos den Parteien nicht vorgreifen. Die Deutsche demokratische Partei hat Herrn Dr. Simons als Einigungskandidaten nur nach dem Sonderangebot der Sozialisten vorgeschlagen. Seine Persönlichkeit könnte das vernünftigen, was den Kandidaten der Volksgemeinschaft immer vorgeschwebt hat. In sich ist diese Volksgemeinschaft unsterblich, wenn man auf ihrer Basis eine parlamentarische Regierung bilden will. Das parlamentarische System hat zu seinem vernünftigen Funktionieren eine Opposition zur Voraussetzung. Der Sinn des Parlamentarismus ist es, daß die Opposition ebenso notwendig ist wie die Regierungspartei. Regierung und Opposition bilden die

Volksgemeinschaft. Wollte man alle Parteien, abgesehen von den antiparlamentarischen Fraktionen, in eine Regierung bringen, so müßte das letzte Ende zur Parteiherrschaft führen, die sonst durch das Korrektiv der Opposition verhindert wird. Anders liegt die Angelegenheit bei der Wahl des Reichspräsidenten. Hier könnte sehr wohl eine Zusammenfassung der Kräfte stattfinden, denn der Reichspräsident soll über den Parteien stehen. Natürlich kann eine republikanische Partei nur für einen Republikaner eintreten. Schließen sich die demokratischen Parteien von einem solchen Vorschläge aus, so muß der Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten um die Macht eben ausgekämpft werden. Dr. Simons ist ein aufrechter Demokrat, ohne sich in eine bestimmte Parteischablone pressen zu lassen. Er ist von einer tiefen Achtung und Hochachtung erfüllt. Für sein großes Ansehen spricht, daß ihn die Parteien von den Sozialnationalen bis zur Sozialdemokratie gestern zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bestimmt haben. Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß deutsche Demokraten für den Verfassungspolitiker Dr. Jarres oder den hinterhältigen Kleinbürger Stegerwald stimmen könnten.

Die Entscheidung muß so rasch wie möglich herbeigeführt werden. Spätestens am Donnerstag dürften die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sein, und der Aufruf zur Reichspräsidentenwahl kann dann beginnen.

Es haben heute vormittag wegen der Frage der Wahl des Reichspräsidenten zwischen den verschiedenen Parteiführern unerbittliche Wetzungen stattgefunden. In Verfolg des Briefes, den gestern die Demokratische Partei an den Staatsminister A. v. Seebeck sowie an sämtliche Parteien mit Unterschrift der beiden Fraktionen gerichtet hat, hat wie wir hören, Minister a. d. v. Seebeck an die Zentrums- und an die Demokratische Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er die Parteien ersucht, morgen Mittwoch vormittag an einer Besprechung ihrer Vertreter mit möglichst weitgehenden Vollmachten zu erscheinen.

Die Sicherheit gegeben habe. Die Sicherheit könne jedoch nur durch eine kollektive Versicherung erzielt werden. Asquith gab der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß endlich nach langem Zögern Schritte getan werden müßten, die zu einer hinzüglichen Deutschlands zu den zukünftigen Beratungen in Europa führen.

Vor einer Völkerbundnote an Deutschland?

Antwort auf den deutschen Vorschlag einer Beteiligung am Pakt - Die hindernde Wirkung des Außenstehens Deutschlands

London, 10. März. (W. Z. B.)

Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, wenn Chamberlain seine Erklärung über das Genfer Protokoll abgibt, werde der Völkerbundrat eine Note an Deutschland veröffentlichen, die sich auf den Vorschlag Deutschlands bezieht, sich Frankreich, Belgien, England und Italien in einem Garantiepakt anzuschließen. In Völkerbundkreisen sei man der Ansicht, es werde unmöglich sein, mit irgendeinem Pakt vorwärts zu kommen, solange Deutschland außerhalb des Völkerbundes stehe. Die gesamte Arbeit des Völkerbundes liege für Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung werde durch Fernhalten Deutschlands vom Völkerbundrat ausgehalten. Das werde zweifellos auch der wichtigste Teil der Erklärungen Chamberlains sein, die für nächsten Donnerstag erwartet werden.

London, 10. März. (W. Z. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt die Nachricht, daß Chamberlain bereits in der einen oder anderen Art einen Pakt ausgemittelt habe, für unbegründet. Wie verlautet, sei die belgische Haltung gegenüber den deutschen Vorschlägen vorzüglich, aber keineswegs ablehnend. Belgien befände sich nicht in derselben schwierigen Lage wie Frankreich wegen seiner östlichen Alliierten, so daß das Hauptinteresse der Belgier in einer Garantie durch Großbritannien liege, sei es mit oder ohne gegenseitige Garantie Deutschlands, die, wie ausgeführt werde, von moralischem Wert sein könnte. Die Regierungen der Dominions seien natürlich über die deutschen Vorschläge informiert worden, man wisse jedoch noch nicht bestimmt, wie sie sich dazu stellen.

Asquith über Abrüstung und Sicherheit

London, 10. März. (W. Z. B.)

In einer Rede in Cambridge erklärte Lord Asquith die Abrüstung sei das erste Bedürfnis der Welt. Man werde jedoch niemals zu einer Abrüstung gelangen, bevor man nicht den Nationen eine feste Aussicht auf

Die Spaltung der Wirtschaftspartei

Ein Aufruf der Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe

Die Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Der deutsche Mittelstand muß seiner ganzen Natur nach als gleichberechtigtes Glied in der Mitte stehen. Diese Grundforderung und Voraussetzung hat die Wirtschaftspartei völlig außer acht gelassen, indem sie einseitig für die großkapitalistische eingetretene Rechte Partei ergriffen und es verabsäumt hat, die Belange des deutschen Mittelstandes ernstlich zu wahren. Eine Verbindung mit den Parteien des Großgrundbesitzes und der Schwere- und Großindustrie ist für den deutschen Mittelstand nicht tragbar. Die preisverleumende Kartell- und Zollpolitik unterminiert die Grundlagen des Handels- und Kleinhandelsstandes. Die Wirtschaftspartei hat sich unter der Führung des Herrn Bankrott-Badenhorst auch als einseitige Vertreterin des großkapitalistischen Hans- und Grundbesitzes und der Terran-Gesellschaften erwiesen. Da viele Teile des Mittelstandes weder Hans- noch Grundbesitzer sind, ist die Politik des Herrn Badenhorst in ihrer Einseitigkeit ernstlich abzulehnen. Diese Erwägungen veranlassen uns, die wahren und wirklichen Mittelstandsinteressen zusammenzufassen und zum Ausdruck zu bringen, indem wir zur Gründung einer besonderen Partei geschrieben sind, die sich „Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe“ nennt, und die sich zur Aufgabe gemacht hat, in der Öffentlichkeit eine antikapitalistische und antiterranistische Mehrheit der Interessen des deutschen Mittelstandes zu sein.“

Vord Curjons Operation. Über den Gesundheitszustand Lord Curjons ist gestern nachmittag folgendes amtliche Communiqué veröffentlicht worden: „Lord Curjon unternahm sich heute morgen einer schweren Operation. Der Zustand des Kranken ist den Umständen entsprechend befriedigend.“

Schnelldienst

Nachdem die Deutsche Volkspartei in Danzberg ihren Vorschlag zur Bildung der großen Koalition bindend bekräftigt hat, ist nunmehr der Danzburger Senat in seiner Besamtheit zur Arbeit getreten. Die Stadtverordneten Ratens beschließen auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, einen Blick über eine Straße nach dem Namen des verstorbenen Reichspräsidenten zu benehmen. Der Vorsitzende der parlamentarischen Arbeiterpartei, Spoor, ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Der geschäftsführende Ausschuss der Partei hat beschlossen, Henderson als Nachfolger vorzuschlagen.

Maltzans Ankunft in New-York

Begeisterter Empfang des Vorkämpfers

New York, 9. März. (W. Z. B.) (Durch Funkpost.)

Der Deutsche Vorkämpfer Herr v. Maltzan ist heute hier eingetroffen. Seine Ankunft gab Anlaß zu einer begeisterten deutsch-amerikanischen Kundgebung. Ein Komitee hervorragender Deutsch-Amerikaner führte den „Albert Ballin“ auf einem Zirkus bis zur Curraninfestation entgegen. Am Pier fand ein formeller Empfang statt, wobei Charles Oberwager ausführte: Mit amerikanischer Einigkeit und deutscher Klarheit begrüßen wir Sie als Vertreter eines großen Volkes und ruhmreichen Landes, als Exponenten der Weltfriedenspolitik und als Vorkämpfer eines Landes, das eine weitere Festigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen erhebt. Maltzan dankte dem Komitee und Maltzan ein, baldige Herausgabe des Komites zu sein. Freiherr v. Maltzan dankte dem Komitee für die herzliche Begrüßung und erklärte, er erwarte die Mitwirkung aller. Der Vorkämpfer fuhr sofort nach Washington weiter.

In einer längeren Erklärung an die Vertreter amerikanischer Blätter an Bord des „Albert Ballin“ betonte Maltzan die Bedeutung der Presse als internationaler Friedens- und Freundschaftsförderer. Der Vorkämpfer wies jedoch auf die Initiative Amerikas bei der Formulierung des Dawes-Planes hin, auf dessen Grundlage bereits große Schritte auf dem Wege zum europäischen Wiederaufbau unternommen worden seien. Der Dawes-Plan habe Deutschland schwere Büden auferlegt, Deutschland habe ihn aber aufrichtig angenommen und werde ihn weiter aufrichtig dem Buchstaben und Geiste nach erfüllen.

Dr. Friedensburg vor der Presse

Gegen den Amtsschimmel, für anfängliche Behandlung des Publikums, gegen Mißbrauch der Amtsbefugnisse

Dr. Friedensburg, der kommissarische Leiter des Polizeipräsidiums Berlin, hat gestern nachmittag eine Reihe von Pressevertretern empfangen und dabei u. a. folgende Ausführungen gemacht:

Die Behörde ist nicht für sich da; ich bin ein abseglager Feind der Bürokratie, die ihren Schimmel reitet, nicht schichtlos gegen alles, was das Publikum angeht, die nicht weiter als ihre Paragraphen im Sinne hat. Wir fühlen uns hier als Diener der Öffentlichkeit, nicht weiter. Das ist die Aufgabe der Polizei, und Sie dürfen sicher sein, daß wir es hier in Berlin ganz besonders so anstellen. Berlin ist nun einmal die Reichshauptstadt. Wir sind verantwortlich für das Bild, das Deutschland dem eigenen Volke und dem Ausland gegenüber bietet. Das dies Bild nicht immer sehr sympathisch ist, das wissen wir alle, brauchen darauf hier nicht eingehen. Sie wollen vielleicht in meiner Anwesenheit auch den Geschäftlich der Staatsregierung vernachlässigen, daß sich gewisse Dinge aufhellen können, und daß ich gewisse Dinge, die sich ereignet haben nicht wiederholen. Ich verlate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen wiederhole, was der Herr Minister mir bei meinem Dienstantritt gesagt hat, nämlich: „Ich brauche einen Herrn von großer Arbeitskraft und unverwundlichen Nerven.“ Er hat nicht gefagt, er brauche einen Herrn, der die politische Farbe hat oder die der Partei angehört.

Ich mache aus meiner parteipolitischen Einstellung kein Geheimnis. Ich habe in Erfahrungen unter vielen schwierigen Umständen aus meiner politischen Einstellung kein Geheimnis. Für die Arbeit selbst ist die politische Einstellung vollkommen belanglos. Ich habe nicht die geringste Neigung, in irgend einer Hinsicht parteipolitische Rücksichten zu nehmen. Ich bitte auch Sie, darauf hinzuwirken, daß diese Stelle ein wenig aus der parteipolitischen Betrachtung herauskommt. Das Recht und Gerechtigkeit heranziehen, ist die Hauptsache, daß das Publikum anständig behandelt wird und dafür sicher sein kann, daß ihm nichts geschieht. Das hat mit Parteipolitik immer nichts zu tun.

Wir haben etwa 17.000 Schuppelbesitzer in Berlin. Von diesen 17.000 bildet sich auch der Chef nicht ein, daß sie alle Engel sind. Es ist ganz klar, daß sich darunter ein gewisser Prozentsatz von Scuten befindet, die nach Temperament und Charakter nicht allzusehr geeignet sind, und da kann es sich schon ereignen, daß da